Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Nic-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Zifferensatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition zu senden.** — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 126. **Mittwoch** den 6. Mai 1891. **85. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Donnerstag, den 7. Mai,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Herzliche Bitte!

Was in allen kirchlich gesinnten Kreisen unserer Landeskirche längst schon lebhafter Wunsch gewesen, in diesen Tagen, mitten zwischen Ostern und Pfingsten, ist es offenkundige Thatsache geworden: **Leipzig-Volkmarsdorf, bisher Theil der großen Parochie Schönefeld, ist am 1. Mai a. c. zur selbstständigen Kirchgemeinde erhoben.**

Eine der ersten und wichtigsten Vornahmen der Parochie L.-Volkmarsdorf mit ihren 17 000 Seelen wird **der Bau einer Kirche** sein. In der **Pfingstwoche** unter dem Wehen des Geistes Gottes soll der **Kirchenbau beginnen** in lebendiger Hoffnung auf ferneres gedeihliches Gelingen.

Mit unermüdlichem Eifer hat sich Volkmarsdorf seit 7 Jahren aus kleinen Anfängen durch alle Schwierigkeiten hindurch gearbeitet. **Hohe** und **höchste Behörden, Vereine, Familien, Einzelne** sind in hochherziger Weise **für das Werk des Kirchenbaues helfend** und **fördernd eingetreten.** Die **Gemeinde selbst** hat nach Vermögen in fast allen ihren Gliedern das **Möglichste gethan.** So sind wir mit Gottes Hilfe zu dem so erfreulichen Ziel gekommen, daß uns außer dem Bauplatz etwa 100 000 ℳ für den Bau zur Verfügung stehen. **Die Ausführung** wird nun zwar durchaus **einfach** gehalten werden, jedoch bei der durch die Seelenzahl bedingten Größe der Kirche ist es immerhin noch nöthig, eine gleiche Summe als Anleihe aufzunehmen. Um aber **jede Ueberschreitung** und **Unzufriedenheit erregende Belastung** unseres als **arm bekannten Stadttheils zu vermeiden, wenden** wir uns besonders **unter Hinweis auf Beschaffung der innern Ausstattung** der **Kirche bittend** an unsere Brüder und Schwestern der Altstadt:

Sehet an die kirchliche Noth, in der unsere große Gemeinde nur zu lange schon gestanden! Habt ein warmes Herz, eine offene Hand für die neu angeschlossenen Glieder im kirchenlosen Osten!

Erbarmet euch und helfet in rechter Christenliebe Altar und Kanzel, Taufstein und Orgel, Glocken und Fenster mit anschaffen!

So bitten wir in festem Gottvertrauen im Angesicht des Sonntags „Rogate".

O, möchte unsere dringende Bitte Aller Herzen erfassen! Möchte **Alt-Leipzig** in gewohnter Hochherzigkeit auch **gegen uns,** die **angenommenen Kinder, treue Mutterliebe üben** zu Gottes Ehre und zum Segen des ganzen Gemeinwesens!

Unser Bote wird in diesen Tagen in Gottes Namen an die Thüren und Herzen klopfen, möge er freundliche Aufnahme finden.

Für jede Gabe ein aufrichtiges **„Vergelt's Gott"!**

Leipzig-Volkmarsdorf, den 1. Mai 1891.

Der Kirchenvorstand. P. vic. Weickel. **Der Kirchenbauverein.** Oberlehrer Recht.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 27. April bis 3. Mai d. J. im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18,4fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,460.

Leipzig, am 5. Mai 1891.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Einlegung von Wasserröhren wird die **Chausseestraße zu Leipzig-Reudnitz**
auf deren Strecke von der Kirche bis zur „Grünen Schenke" von **Mittwoch, den 6. dis. Mts. ab auf die Dauer der Arbeiten für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt** und letzterer durch die Cavellenstraße verwiesen.

Leipzig, den 4. Mai 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Leistner.

Tr. 5146.

In dem Zeitraume vom 10. Mai bis zum 18. October wird die

Sammlung
der Königl. geologischen Landesuntersuchung
(Theaterstraße 35, 2. Etage)

an jedem **Sonntage** von ½11 bis ½1 Uhr dem Publicum geöffnet sein.

In einem neben dem Sammlungssaale gelegenen Studienzimmer sind sämmtliche bisher erschienene Blätter der geologischen Specialkarte von Sachsen nebst den zugehörigen Erläuterungen, sowie sonstige auf den geologischen Bau des Königreichs Sachsen bezügliche Werke behufs ihrer Benutzung von Seiten des Publicums ausgelegt.

Leipzig, den 4. Mai 1891.

Der Director der Königl. geologischen Landesuntersuchung.
Dr. Herm. Credner.

Pauline Emilie **Zinschky** aus Dietendorf hat erstatteter Anzeige zufolge das ihr unterm 2. Januar 1883 vom Gemeindevorstand zu Böhlitz bei Schkölen ausgestellte Dienstbuch am 8. März d. J. in hiesiger Stadt verloren. Das Buch ist im Auffindungsfalle anher abzuliefern.

Leipzig, den 1. Mai 1891.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Zu Stellvertretung:
IV. 2432. Dr. Schmidt. M.

Aenderung der Taxsätze.

Von zuständiger Seite ist eine erhebliche Aenderung (meist wesentliche Herabsetzung) der für die Verzollung von Perlmutterknöpfen und Stäcken, von Honig, Kaffee, Öle, Cacao, Mehl und Getreide, unbearbeiteten Tabakblättern und Tabakstengeln, Candis- und Rohzucker, sowie Papier gefärbten Taxsätze in Aussicht genommen. Diejenigen Kaufleute und Fabrikanten, welche dadurch betroffen werden, können behufs etwaiger Gegenvorstellungen auf unserer Kanzlei, Neue Börse, Treppe A, I, Näheres erfahren.

Leipzig, den 1. Mai 1891.

Die Handelskammer.
In Stellv.: Schnoor. Dr. Genzel, S.

Gewerbekammer Leipzig.

Freitag, den 13. d. M., Nachm. 5 Uhr
öffentliche Plenarsitzung im Kammerlocale.

Tagesordnung: Bericht des Berkehes-Ausschusses über die Ministerial-Vorlage, die Auswüchse des börsenmäßigen Terminhandels in Nahrungs- und unentbehrlichen Genußmitteln betreffend.

Leipzig, den 6. Mai 1891.

D. A. Oehler, Vors. Herzog, S.

Fürst Bismarck an seine Wähler.

* Heute liegt eine bedeutsame Kundgebung des Fürsten Bismarck an seine Wähler vor. Nachdem das Resultat der Stichwahl zwischen dem Fürsten von Bismarck und dem Socialdemokraten feststand, begab sich am Sonnabend, den 2. Mai, nach vorheriger Anmeldung, eine Deputation des 19. hannoverschen Wahlkreises nach Friedrichsruh, um die officielle Einwilligung zur Uebernahme des Mandats für den Reichstag von Seiner Durchlaucht zu erbitten. Der Fürst, dessen frisches lebenskräftiges Aussehen überraschte, und der in letzter Zeit an Rüstigkeit nur zugenommen zu haben scheint, empfing, soeben vom Morgenspaziergang zurückgekehrt, stehend mit dem Schlapphut und Stock in der Hand, die Deputation. Herr Senator Schmidt aus Geestemünde hielt eine längere Ansprache, die in der Bitte gipfelte, Fürst Bismarck möge dem 19. hannoverschen Wahlkreise die Ehre erzeichen, das Mandat für denselben im Reichstage anzunehmen. Seine Durchlaucht erwiderten in langer Rede, die, da der Fürst bekanntlich langsam und mit Betonung spricht, von einem Herrn der Deputation im Allgemeinen ziemlich treu wiedergegeben sein dürfte. Die Rede hatte etwa folgenden Inhalt:

„Die Ehre, welche Sie mir durch Ihre Wahl erwiesen haben, schätze ich doppelt hoch, nicht allein als Ihr deutscher Landsmann, sondern auch als Ihr plattdeutscher Nachbar, ich bin im plattdeutschen Lande geboren und erzogen, und freue mich, durch die stattgehabte Wahl einen Beweis des Vertrauens meiner engeren Landsleute zu erfahren.

Ich bin im 77. Jahre und nicht mehr rüstig genug, um der Aufgabe als Reichstagsabgeordneter so zu entsprechen, wie ich glaube, daß sie erfüllt werden sollte. Das ist der Grund, der mich abgehalten hat und abhalten wird, mich um ein Mandat zu bewerben, so schwer es mir auch wird, auf jede Betheiligung an Geschäften, denen 40 Jahre lang meine Thätigkeit gehörte, gänzlich zu verzichten. Als Candidat zur Wahl konnte ich mithin nicht auftreten, da ich nicht in der Lage bin, mein Mandat regelrecht auszuüben.

Deshalb habe ich in meiner ersten Antwort erklärt, daß ich zur Zeit außer Stande sei, Pflichten zu übernehmen, mit deren Ausübung der Aufenthalt in Berlin verbunden wäre: einmal wegen meiner Gesundheit. Das Gasthofleben ist meinem Befinden weniger zuträglich, wie das Wohnen im eigenen Hause; ich hatte mir lange gewünscht, einmal ein Zimmer zu bewohnen, das ich nur im Sarge zu verlassen genöthigt sein würde. Eine kündbare Ministerwohnung bietet diese Sicherheit nicht. Ich habe kein Mandat gesucht, bin aber stets der Meinung gewesen, daß ich mich der Aufgabe, meinem Vaterlande zu dienen, nicht entziehen dürfe, wenn der Ruf dazu ohne mein Zuthun von competenter Seite an mich herantritt.

Ich habe mich nie in die Politik eingedrängt. Meinem Privatleben als Landwirth, Deichhauptmann und im Provinziallandtage bin ich vom Könige Friedrich Wilhelm IV. entzogen worden, indem der hohe Herr mich zu einem wichtigen Gesandtschaftsposten unerwartet berief. Demnächst bin ich vom Könige Wilhelm in einer sehr schwierigen Lage der Kreise und ihrer Regierung an die Spitze des Ministeriums berufen worden, um 1862 sehr angenehme amtliche Verhältnisse mit der dornenvollen Stellung eines Conflictsministers zu vertauschen. Ich bin solchen ungesuchten Berufungen gegenüber, wenn sie von berechtigter Stelle ausgehen, zwar nicht Fatalist in dem Maße wie ein Türke mit seinem Kismet, aber ich hätte eine Gewissensunruhe, wenn ich mich lediglich aus Ruhebedürfniß dem Rufe entzöge, den Sie an mich richten; ich halte mich nicht für berechtigt, dem Vaterlande den Dienst der geringen Kräfte, die mir bleiben, vorzuenthalten, wenn er nicht über das Maß meiner Leistungsfähigkeit gefordert wird.

Wenn ich Ihnen sagte: Ich kann jetzt nicht nach Berlin, so will ich hinzufügen, daß für meine Anwesenheit dort im Augenblick kaum ein Bedürfniß vorliegt.

Der Reichstag wird nur noch kurze Zeit tagen und es sieht, so viel ich weiß, keine Frage zur Debatte, auf die Einfluß zu nehmen im jetzigen Stadium derselben thunlich wäre oder die unseren Wahlkreis im Besondern interessirte. Sollten solche in Folge neuer Vorlagen noch zur Berathung kommen, so werde ich mich daran nach Möglichkeit meiner Gesundheit betheiligen. Abgesehen davon aber bitte ich Sie, als Ihr Abgeordneter, einstweilen um Urlaub. Nicht blos die Unbequemlichkeit, außerhalb der eigenen Häuslichkeit zu wohnen und zu schlafen, hält mich augenblicklich von Berlin zurück, sondern auch die Aussicht auf peinliche Begegnungen mit früheren Freunden, die solche zu sein seit meinem Abgange aufgehört haben. Ich hoffe, von Ihnen hat Niemand die schlimme Erfahrung selbst gemacht, mit seiner geschiedenen Frau unversöhnt unter einem Dache zu wohnen. Aehnlich ist das Wiedersehen mit geschiedenen Freunden. Sie werden sich vorstellen können, daß ich in Berlin Begegnungen haben werde, die meinen früheren Freunden vielleicht ebenso und mehr wie mir unerwünscht sein würden. Das ist ein Imponderabile und die conventionellen Formen decken die inneren Eindrücke solchen Wiedersehens. Aber ich mag sie mir nicht früher auferlegen, als es pflichtmäßig nothwendig wird. Das Mandat dauert ja aber auch länger und bei der Schnelligkeit, mit der wir leben, können sich die Umstände und die Eindrücke bis dahin ändern. Natürlich kann ich nach meiner Vergangenheit nicht einer Partei angehören; wenn ich in gewissem Sinne auch Parteimann bin, so bin ich es für das alte Cartel, dafür, daß die staatserhaltenden Parteien sich soweit verständigen, wie es ihnen möglich ist und die Termen ihrer Programme nicht gegen einander kehren. Dies war es stets, was ich in meiner letzten Zeit als Minister erstrebt habe. Ich bin mit den Nationalliberalen ja weit gegangen und von ihnen oft gestützt worden. Es ist mir eine der widerlichsten Lügen, daß ich das Wort gesprochen haben soll, „ich wollte die Nationalliberalen an die Wand drücken, bis sie quietschten". Der letztere Ausdruck ist so ekelhaft geschmacklos, daß ich ihn an sich schon nie gebraucht haben würde. Weshalb ich mit den Nationalliberalen auseinander kam, das lag hauptsächlich daran, daß ihre Führer mit einigen meiner Collegen im Ministerium ohne mich und gegen mich enge Fühlung gewonnen hatten. Ich befand mich dabei in der Defensive, nicht im Angriffe. Sollte eine der staatserhaltenden Parteien für sich allein oder mit andern zusammen die Majorität erlangen, so würde dies ein großes Glück sein. Mir giebt es jedesmal einen Stich in das politische Herz, wenn ich sehe, daß die Fractionen, die gleich ehrlich bemüht sind um die Erhaltung des Reiches, in Feindseligkeiten gegen einander bis zu giftigen Invectiven gehen. Da möchte ich gern als friedenstiftender Gemeindediener dazwischen springen und Jedem beweisen, daß der tertius gaudens der schlimmere Feind ist. Das ist die Linie, in der auch meine parlamentarische Thätigkeit, wenn es zu einer solchen kommt, sich bewegen wird. Der Gedanke einer principiellen Opposition gegen meinen Amtsnachfolger und die Regierung liegt mir außerordentlich fern; ebenso fern aber liegt es mir, still zu sein gegenüber von Vorlagen, die ich für schädlich halte. Was in aller Welt soll ein Grund für mich sein, bei solcher Gelegenheit zu schweigen? Etwa der, daß ich größere Erfahrung besitze als die meisten Anderen? Die Pflicht, zu reden, welche sich gerade aus meiner Sachkenntniß dann ergiebt, zielt in meinem Gewissen wie mit einer Pistole auf mich. Die Herren, welche mich deswegen angreifen, haben davon keine Vorstellung. Wenn ich glaube, daß das Vaterland mit seiner Politik vor einem Sumpfe steht, der besser vermieden wird, und ich kenne den Sumpf, und die Anderen irren sich über die Anderen, irren sich über die Beschaffenheit des Terrains, so ist es Verrath, wenn ich schweige. Was sollte ich für andere Zwecke haben, als dem Lande zu dienen? Ehrgeizige etwa? Das wäre doch thöricht anzunehmen. Was sollte ich denn werden? Mein Avancement ist abgeschlossen. Ich hatte das Bedürfniß, den Sinn, in welchem ich Ihr Mandat annehme, darzulegen. In meiner ersten telegraphischen Antwort auf Ihren Mandatsantrag lehnte ich ab, weil ich zur Zeit nicht nach Berlin gehen könne. Daraufhin darf ich annehmen, daß der Wahlkreis, wenn er meine Candidatur dennoch aufrecht erhalten und durchgeführt hat, mir für die Dauer dieser Reichstagssession Urlaub giebt für den Fall, daß nicht noch etwas Neues von Wichtigkeit vorgelegt wird.

Ich danke Ihnen nochmals für die Auszeichnung, welche Sie mir in der Vertretung Ihres für mich seit lange historisch interessanten Wahlkreises erzeigt haben. Wie die Dithmarsen, so haben auch Sie von Alters her die Verfassung freier Bauernschaften gehabt, und was beiden Stämmen die besonderen Sympathien jedes Deutschen gewonnen hat, das ist ihre Tapferkeit. Die Stedinger haben im Kampfe kein Glück gehabt, sie sind vom Bischof von Bremen im damaligen Kreuzzug arg in die Pfanne gehauen worden, aber nach was für einem heldenmüthigen Widerstande, nach einem Kampfe von Mann und Weib.

Jetzt, meine Herren, glaube ich, kommen wir mehr in ein Privatgespräch, das wir besser beim Frühstück fortsetzen, zu dem ich Sie hiermit einladen möchte."

Nachdem die Deputation, (so schreibt das „Otterndorfer Kreisblatt", dem wir die vorstehenden Darlegungen entnehmen, weiter), auch noch von der erlauchten Tochter des Fürsten, der Gräfin Rantzau, empfangen war, welche die leider durch Krankheit verhinderte Fürstin vertrat, setzte man sich zum Frühstück nieder. Wer bereits die Ehre hatte, vom Fürsten bewirthet zu werden, weiß, in welch' herzlich gemüthlicher Weise Seine Durchlaucht die Gäste in gute Stimmung zu versetzen versteht. So war es auch an diesem, für jedes Mitglied der Deputation unvergeßlich bleibenden Tage, wo bald die sämmtlichen Anwesenden die ehrfurchtsvolle Scheu ablegten und in die herzlichste Unterhaltung mit der erlauchten Familie kamen. Als Kaffee und Cigarren gereicht wurden, erschien auch die lange Pfeife, welche stets ein treuer Begleiter des Fürsten zu sein pflegt; gar mächtige Rauchwolken entquollen derselben, wenn der Fürst sich von der Unterhaltung etwas lebhafter berührt fand. Fürst Bismarck erkundigte sich unter Anderm in liebenswürdigster Weise nach den ländlichen Verhältnissen und der Bodenbeschaffenheit der einzelnen Kreise.

Um 4 Uhr verabschiedete sich, nachdem sämmtliche Herren ihren Namen in das für Fremdenbesuch eingerichtete Buch eingetragen hatten, die Deputation von dem Fürsten und der Gräfin Rantzau, da der Zug nach Hamburg bereits signalisirt war.

Die Vorgänge in Rom.

Wenn die Behörden in irgend einem Staate langmüthig sind den socialistischen und monarchistischen Ausschreitungen gegenüber, so sind sie es in Italien. Die Regierung wacht peinlich darüber, daß die verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger in ihrem vollen Umfange geachtet werden. Aber wenn die Gesetzesverächter zu Thaten übergehen, dann schreitet die Polizei und im Nothfalle auch das Militair ein, wie das überall geschieht. Die Anarchistenversammlung in Rom, welche am 1. Mai stattfand, hatte von Anfang an einen so ausgesprochen revolutionairen Charakter, daß, wie der Minister des Innern richtig bemerkt, die Polizeimannschaften den fortgesetzten Aufreizungen der Brandredner gegenüber die höchste Geduld und Selbstverleugnung bewiesen haben. Erst nachdem ein Polizist erschossen und die übrigen Mannschaften mit einem Steinhagel überschüttet waren, machte sie von ihren Waffen Gebrauch, und zwar einen so mäßigen, daß die Zahl der Verwundeten auf Seiten der Polizei und des Militairs bei Weitem größer ist als unter den Angreifern. Trotzdem wurde der Regierung ein schwerer Vorwurf daraus gemacht, daß der Abgeordnete Barzilai durch einen Säbelhieb verwundet wurde, und daß ein Officier im Eifer des Gefechts gesagt haben solle: „Schießt die Canaille über den Haufen." Die Lage war ernst genug, denn einer der fremden Heger, die eigens aus Paris gekommen waren, um einen Aufruhr zu erzeugen, ein gewisser Landi, erließ die Aufforderung, die Stadt anzuzünden. Daß da viele Kaufleute ihre Läden schließen, ist sehr natürlich; die Zeitungen machen ihnen das theilweise zum Vorwurf und legen es als Mangel an Thatkraft oder als Feigheit aus. So lange die Regierung noch das Heft in Händen hat, ist der friedliche Bürger berechtigt, die Fürsorge für Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung der Polizei und dem Militair zu überlassen; einer aufgeregten Volksmenge gegenüber würde es auch wenig helfen, wenn der Einzelne sein Hab und Gut vertheidigen wollte. Man würde ihn einfach niederschlagen und sein Eigenthum zerstören. Ueberdies war der Aufruhr so plötzlich entstanden, daß an ein geschlossenes Vorgehen der Bürgerschaft zur Vertheidigung ihres Eigenthums nicht zu denken war. Wenn „Popolo Romano" unter solchen Umständen das Schließen der Häuser und Läden Gefühlsduselei nennt, so wäre dem Verfasser des betreffenden Artikels anzuempfehlen, daß er durch muthiges Entgegentreten gegen die Ruhestörer den in „Gefühlsduselei" befangenen friedlichen Bürgern ein Beispiel gegeben hätte.

Nicht viel besser als solche Helden der Feder sind Abgeordnete zu beurtheilen, welche die Wächter der öffentlichen Sicherheit, welche im Augenblick der Gefahr ihre Pflicht thun, der Maßlosigkeit beschuldigen und gar keine Notiz davon nehmen, daß eine größere Anzahl Polizisten und Soldaten bei diesem Anlaß getödtet oder verwundet worden ist. Die Weisheit des Herrn Bonghi bestand darin, daß er von der Regierung das Verbot der gefährlichen Versammlung verlangt. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß die Regierung im Parlament auch deswegen Tadel erfahren hätte, ja Herr Bonghi würde dann vielleicht auch an dem Tadel theilgenommen haben. Mit solchen Volksvertretern kann die Regierung überhaupt nicht rechnen, sie muß nach bestem Wissen und Gewissen ihre Maßregeln treffen, gleichviel ob sie nachträglich von der Mehrheit des Parlaments für gut befunden werden oder nicht, und im letzteren Falle zurücktreten. Auf diesen Standpunct hat sich das Ministerium Rudini gestellt und damit offenbar das Richtige getroffen. Das Cabinet verlangte ein Vertrauensvotum und erhielt es, freilich gegen eine verhältnißmäßig sehr große Minderheit; 113 Abgeordnete stimmten gegen die Tagesordnung Campo-reale'o, welche die Haltung der Regierung am 1. Mai billigt, und nur der Nachsatz, welcher dem Verhalten des Militairs und der Polizei die vollste Anerkennung ausspricht, wurde fast einstimmig angenommen. Der Unterschied, welcher zwischen dem Befehl und der Ausführung gemacht wird, ist bemerkenswerth; über 100 Abgeordnete waren der Meinung, daß der Zusammenstoß vermieden werden konnte, wenn die Regierung bessere Maßregeln getroffen hätte. Man kann daraus ersehen, wie schwer die Italiener zu regieren sind; das Ministerium, was es Allen recht machen sollte, müßte allwissend sein.

Der Durchschnitts-Italiener verlangt von der Regierung, daß sie allen Staatsbürgern die unumschränkte politische Freiheit gewähren soll, jeder soll reden und thun dürfen, was ihm beliebt, gleichviel ob der Regierung und der Gesammtheit dadurch Schwierigkeiten und Gefahren erwachsen oder nicht, wenn nur keine directe Verletzung der Strafgesetze vorliegt. Besonders groß sind die Anforderungen, welche bezüglich der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts an die Regierung gestellt werden. Man macht es ihr zum Vorwurf, wenn sie Vereine auflöst, welche das Land in die Gefahr eines Krieges bringen, wie die Oberdank- und Barsanti-Vereine, oder wie die sogenannten Friedensvereine, welche die Frankreich gegenüber einzuschlagende Politik bestimmen wollen. Italien wacht mit Recht darüber, daß die italienischen Staatsbürger im Auslande nicht in ihrer persönlichen Sicherheit gefährdet werden, wie der Schriftwechsel zwischen der italienischen und nordamerikanischen Regierung wegen der Vorgänge in New-Orleans beweist; ein Theil der Volksvertreter scheint aber auf die Sicherheit der italienischen Staatsbürger in der Heimath weniger Gewicht zu legen als auf diese Sicherheit im Auslande, sonst würden sie eine Regierung nicht tadeln, welche Schutz gegen socialistische und anarchistische Ausschreitungen gewährt.

Man erkennt auch bei diesem Anlaß wieder, daß die Radicalen von der Regierung Unmögliches verlangen und daß sie ihre eigentliche Aufgabe darin erblicken, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Es ist Manches geschehen, was zu schweren Bedenken Grund giebt, wie die Ausschreitungen in Massanah; dafür ist die Regierung aber nicht verantwortlich, sie hat nicht mehr thun können, als sofort, nachdem die Dinge zu ihrer Kenntniß gekommen waren, eine strenge Untersuchung anzuordnen. Das Ergebniß dieser Untersuchung bleibt abzuwarten, erst dann läßt sich ein Urtheil fällen. Auch das Verhältniß zum Negus von Abessinien, Menelik, fordert die Kritik heraus; aber Diejenigen sind sicher im Unrecht, welche Crispi für diesen Uebelstand verantwortlich machen wollen. Schließlich ist doch ein Minister auf diejenigen Personen angewiesen, welche sich im Lande befinden, und erst wenn sie sich des auf sie gesetzten Vertrauens unwürdig erwiesen haben, kann er gegen sie vorgehen. Man macht nicht blos in Italien die Minister immer für Das verantwortlich, was Andere thun, gleichviel ob sie im Stande waren, auf diese Handlungen einzuwirken oder nicht. Ferro mußte für die ungeschickte Führung der militairischen Befehlshaber in Tonkin büßen, Crispi wird für den Verrath Menelik's und für die Verbrechen Livraghi's verantwortlich gemacht, Rudini und Nicotera endlich tragen die Schuld an den anarchistischen Ausschreitungen vom 1. Mai — nach der Meinung von 113 Abgeordneten. Diesem Urtheil muß sich die Regierung unterwerfen und das wird ihr nicht allzu schwer fallen.

*

Leipzig, 6. Mai.

* Der Kaiser hat am Montag Nachmittag bei Gelegenheit des ihm von den Provinziallständen in Düsseldorf gegebenen Festmahles eine hochpatriotische Rede gehalten. Nach einem Telegramm des „Wolff'schen Bureaus" gedachte Er der in Bonn zugebrachten Studienjahre und Seiner Beziehung zur Rheinprovinz. Vor 12 Jahren sei Er gerade in Düsseldorf im Auftrage Seines erhabenen Großvaters zum ersten Male bei Enthüllung des Cornelius-Denkmals öffentlich aufgetreten. Auch Sein Vater habe mit großer Liebe an der Provinz gehangen. Seine Friedensbemühungen seien Seine Pflicht, welche Seine Stellung mit sich bringe. Er werde sich freuen, wenn Er, von des Himmels Gnaden unterstützt, den europäischen Frieden in der Hand halten könne. Jedenfalls werde er dafür sorgen, daß der Friede nicht mehr gestört werde (lebhafter Beifall), und nichts unversucht lassen, daß die Segnungen des Friedens erhalten blieben. (Wiederholter Beifall.) Auch im Innern ringe man sich zu festen Verhältnissen durch. Die Gesetzvorlagen seien theils mit überwältigender Mehrheit von der Vertretung des ganzen Volkes durchgeführt, theils gingen sie dem Abschlusse entgegen. Daraus sei zu ersehen, daß die Wege, die Er eingeschlagen, richtig seien. (Brave.) Man könne überzeugt sein, daß seine Mühe zu groß sei, um dafür zu sorgen, daß die Industrie zu ihrem Rechte komme, sowohl die Arbeitgeber, wie die Arbeitnehmer. (Beifall.) Um das

SLUB
Wir führen Wissen.